

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/042(V)/11			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 08.12.2011	Ratssaal	14:00Uhr	19:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung des Beschlussprotokolls der 41.(V) Sitzung vom 17.11.2011
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse T0251/11
- 5 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 5.1 Reise in die Partnerstadt Harbin DS0475/11
BE: Oberbürgermeister
- 5.2 Wirtschaftsplan 2012 des Eigenbetriebes Kommunales Gebäudemanagement DS0393/11
BE: Oberbürgermeister

5.3	Grundsatzbeschluss Kindertageseinrichtung "Kleiner Maulwurf", Kreissstraße 3 in Magdeburg / OT Beyendorf BE: Oberbürgermeister	DS0413/11
5.3.1	Grundsatzbeschluss Kindertageseinrichtung "Kleiner Maulwurf", Kreissstraße 3 in Magdeburg / OT Beyendorf BE: Ausschuss StBV	DS0413/11/1
5.4	Jahresabschluss 2010 Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0420/11
5.5	Jahresabschluss zum 31.12.2009 der P.G.M. Parkraum GmbH Magdeburg BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0404/11
5.6	Jahresabschluss 2010 der Innovations- und Gründerzentrum Magdeburg GmbH (IGZ GmbH) BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0431/11
5.7	Jahresabschluss 2010 der Stadion Magdeburg GmbH & Co. KG BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0433/11
5.8	Jahresabschluss 2010 der Stadion Magdeburg Verwaltungsgesellschaft mbH BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0434/11
5.9	Jahresabschluss 2010 der Flughafen Magdeburg GmbH (FMG) BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0435/11
5.10	Jahresabschluss zum 31.12.2010 der WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0445/11
5.11	Jahresabschluss 2010 der Zentrum für Produkt-, Verfahrens- und Prozeßinnovation GmbH (ZPVP GmbH) BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0446/11
5.12	Jahresabschluss 2010 der Magdeburger Hafen GmbH (MHG) BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0466/11
5.13	Beteiligungsbericht 2011 BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0407/11
5.14	Neubesetzung im Beirat der GWM BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0439/11
5.15	Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung des Geschäftsjahres 2011 der Zentrum für Neurowissenschaftliche Innovation und Technologie GmbH (ZENIT GmbH) BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0464/11

5.16	Wirtschaftsplan 2012 des Eigenbetriebes Konservatorium Georg Philipp Telemann BE: Bürgermeister	DS0262/11
5.17	Umsetzung von Angeboten der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0418/11
5.18	Projektförderung von internationalen Jugendbegegnungen und städtepartnerschaftlichen Austausch BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0272/11
5.19	3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 343-1 "Lemsdorf-Klinketal" und öffentliche Auslegung des Entwurfs BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0300/11
5.20	Aufstellung des einfachen Bebauungsplanes Nr. 206-3 "An der Steinkuhle Ost" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0339/11
5.21	Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 354-2.1 "Wohnpark Frankefelde" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0345/11
5.22	Einleitung des Satzungsverfahrens für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 349-4.1 "Osterweddinger Straße 30" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0351/11
5.23	Einziehung von Teilabschnitten der Straße Olvenstedter Grund und der Parkplätze Olvenstedter Grund (ehem. Nr. 40-48) BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0355/11
5.24	Entscheidung über das Bestehen eines öffentlichen Interesses am grundhaften Ausbau der Verkehrsanlage "Blumenstraße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0356/11
5.25	Ausgleichssatzung für den Ausbildungsverkehr BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0458/11
5.26	Landesgartenschau 2018 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0465/11
5.26.1	Landesgartenschau 2018	DS0465/11/1
5.26.2	Landesgartenschau 2018 Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	DS0465/11/2
5.26.3	Landesgartenschau 2018 Fraktion DIE LINKE	DS0465/11/3

6	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
6.1	Nutzung der Sportstätten von Universität und Fachhochschule während der Semesterpause/Sommerferien FDP-Fraktion WV v. 25.08.11	A0103/11
6.1.1	Nutzung der Sportstätten von Universität und Fachhochschule während der Semesterpause/Sommerferien	S0235/11
6.2	Internatsangebote für Sportschulen Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! WV v. 22.09.11	A0119/11
6.2.1	Internatsangebote für Sportschulen	S0253/11
6.3	Kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur verkehrlichen Entlastung der südöstlichen Stadtteile Fraktionen SPD-Tierschutzpartei-future! und CDU/BfM WV v. 22.09.11	A0133/11
6.3.1	Kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur verkehrlichen Entlastung der südöstlichen Stadtteile Ausschuss StBV	A0133/11/1
6.3.2	Kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur verkehrlichen Entlastung der südöstlichen Stadtteile	S0256/11
6.4	Mitarbeit in der Nord-Süd-Initiative zur Entwicklung eines neuen Wirtschaftsraumes in Europa FDP-Fraktion WV 13.10.11	A0135/11
6.4.1	Mitarbeit in der Nord-Süd-Initiative zur Entwicklung eines neuen Wirtschaftsraumes in Europa	S0277/11
6.5	Maßnahmen gegen häusliche Gewalt Ausschuss FuG WV v. 13.10.11	A0141/11
6.5.1	Maßnahmen gegen häusliche Gewalt Ausschuss GeSo	A0141/11/1
6.5.2	Maßnahmen gegen häusliche Gewalt Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0141/11/2
6.5.3	Maßnahmen gegen häusliche Gewalt	S0254/11

Neuanträge

6.6	Fahrgastinformation für Blinde und Sehbehinderte verbessern FDP - Fraktion	A0163/11
6.7	Für Bildungsangebote werben und Termine entflechten FDP - Fraktion	A0164/11
6.8	Nationale und internationale Akquisition von Wirtschaftsansiedlungen forcieren Fraktion CDU/BfM	A0166/11
6.9	Konzept zur Entwicklung des Straßenbaumbestandes Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0167/11
6.10	Tempo 30-Zonen für Kopfsteinpflaster Fraktion Bündnis90/Die Grünen	A0168/11
6.11	Europäische Kompetenz der Stadtverwaltung steigern Fraktion CDU/BfM	A0173/11
6.12	Vorfahrt für Straßenbahn Fraktion DIE LINKE	A0174/11
6.13	Beachtung von Würde und Anstand Stadtrat Matthias Gärtner	A0175/11
7	Einwohnerfragestunde Gemäß § 27 Abs.2 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.	
8	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
8.1	Rotlichtverstöße in Magdeburg	F0188/11
8.2	Fortbestand der Bäume	F0196/11
8.3	"Blauer Bock"	F0200/11
8.4	Verlängerung Strombrücke	F0201/11
8.5	Strombrückenverlängerung	F0192/11
8.6	Standortverlagerung Chiphersteller Azzurro	F0194/11

8.7	Abriss Eckhaus Faulmannstraße / Gabelsbergerstraße	F0190/11
8.8	Parken im Bereich "GWG Reform eG"	F0191/11
8.9	Erhaltung des Straßenzustandes bei nachträglichen Baumaßnahmen	F0202/11
8.10	Raumplanung am Schulstandort Westring	F0206/11
8.11	Entwicklung Brenneckestraße / ehemaliges Gubelas-Gelände	F0189/11
8.12	Jahr der Jugend	F0195/11
8.13	SmartCity Magdeburg	F0193/11
8.14	Nutzung Parkplätze der Verwaltung	F0198/11
8.15	Sanitäranlagen Seniorentreff in der Hugo-Junkers-Allee 54a	F0199/11
8.16	Barrierefreiheit im Soziokulturellen Zentrum "Feuerwache Sudenburg"	F0205/11
8.17	Konzepterstellung "Aktive Orts- und Stadtteilzentren" für Sudenburg	F0203/11
8.18	Bewilligungszeitraum für Magdeburg-Sozial-Pass	F0204/11
9	Informationsvorlagen	
9.1	Ergebnisse des Städtepartnerschaftskongresses	I0286/11
9.2	Kooperation der Landeshauptstadt Magdeburg mit der Otto-von-Guericke-Universität und der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) - 2011	I0289/11
9.3	Geschäftsbericht zur Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010	I0280/11

9.4	Bericht der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) Magdeburg - Stand 2010	I0203/11
9.5	Infoveranstaltung für arbeitssuchende Ärzte in Berlin am 22.09.2011	I0256/11
9.6	Wirtschaftliche Vertretbarkeit einer Ausschüttung aus der Kapitalrücklage der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH	I0274/11
9.7	Abarbeitung KP II-Maßnahmen - Stand: 31.10.2011	I0269/11

Nichtöffentliche Sitzung

10	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
10.1	Technische Bedingungen MDCC-Arena	F0197/11
11	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
11.1	Ermächtigung für einen Liquiditätsrahmen BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0326/11
11.2	Ermächtigung zur Umschuldung eines Darlehens BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0406/11
11.3	Verkauf eines Grundstücks BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0421/11
11.3.1	Verkauf eines Grundstücks Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	DS0421/11/1
11.3.2	Verkauf eines Grundstücks Fraktion DIE LINKE	DS0421/11/2
11.3.2. 1	Verkauf eines Grundstücks Fraktion Bündnis90/Die Grünen	DS0421/11/2/1
11.3.3	Verkauf eines Grundstücks	DS0421/11/3

11.4	Städtische Werke Magdeburg GmbH BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0425/11
12	Informationsvorlagen	
12.1	Entwicklung eines gemeinsamen Gewerbegebietes mit Barleben	I0283/11
12.2	Planfeststellungsverfahren Ausbau barrierefreie Haltestelle Zoo in Magdeburg	I0298/11

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst eröffnet die 42. (V) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste, Mitarbeiter der Verwaltung und Medienvertreter. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	38	“	“
maximal anwesend	52	“	“
entschuldigt	5		

Auf Antrag der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1116-42(V)11

Im Betriebsausschuss Puppentheater wird anstelle von Stadtrat Martin Danicke als neues Mitglied Stadtrat Oliver Wendenkampf mitarbeiten.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der Bitte des Vorsitzenden des Ausschusses Juhi, die DS0272/11 – TOP 5.18 von der heutigen Tagesordnung zu nehmen, da der Ausschuss Juhi die Drucksache noch nicht beraten hat wird vom Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper zugestimmt.

Die veränderte Tagesordnung wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

3. Bestätigung des Beschlussprotokolls der 41.(V) Sitzung vom 17.11.2011

Redaktionelle Änderung der Verwaltung

Auf der Seite 20 muss der Beschlusstext unter TOP 5.9 – DS0248/11 richtig heißen:

Der Jahresabschluss 2010 des Eigenbetriebes Puppentheater der Stadt Magdeburg (EB PTH MD) auf den 31.12.2010 wird festgestellt:

- | | | |
|-------|--|----------------|
| 1. | Feststellung des Jahresabschlusses | |
| 1.1 | Bilanzsumme | 740.162,06 EUR |
| 1.1.1 | davon entfallen auf der Aktivseite auf | |
| | • das Anlagevermögen | 618.930,97 EUR |
| | • das Umlaufvermögen | 121.231,09 EUR |

1.1.2	davon entfallen auf der Passivseite auf	
	• das Eigenkapital	422.142,87 EUR
	• den Sonderposten	48.377,00 EUR
	• die Rückstellungen	97.200,00 EUR
	• die Verbindlichkeiten	172.442,19 EUR
1.2	Jahresgewinn	135,94 EUR
1.2.1	Summe der Erträge	2.274.734,96 EUR
1.2.2	Summe der Aufwendungen	2.274.599,02 EUR
2.	Behandlung des Jahresgewinns	135,94 EUR
2.1	zur Abführung an den Haushalt des Aufgabenträgers	0,00 EUR
2.2	Jahresgewinnvortrag auf neue Rechnung	135,94 EUR
3.	Gewinnvortrag des Vorjahres	0,00 EUR
3.1	Unter Berücksichtigung der Abführung des Jahresgewinns des Vorjahres – 8.703,99 EUR an den Haushalt des Aufgabenträgers ergibt sich ein Gewinn von	135,94 EUR
4.	Dem Theaterbetriebsleiter Herrn Michael Kempchen wird gemäß § 19 Eigenbetriebsgesetz Entlastung erteilt.	

Redaktionelle Änderung der Fraktion DIE LINKE

Auf der Seite 13 ist unter TOP 5.1 der 7. Absatz, 3. Zeile wie folgt zu ergänzen:

Stellungnahme des Behindertenbeauftragten mehr Berücksichtigung findet **und die Einrichtung mindestens eines Behindertenparkplatzes vorgenommen wird.**

Auf der Seite 23, ist unter TOP 5.11 der 4. Absatz wie folgt zu ergänzen:

„Der Vorsitzende des Ausschusses FuG [...] ein.“ Dabei nimmt er Bezug auf die im Ausschuss geführte Diskussion, die naturgemäß den gleichstellungspolitischen Ansatz in den Fokus nahm und die mehrheitlich die historische Rolle Adelheids als Kaiserin unterstrich, die einem Novum gleich ihre überaus mildtätigen Handlungen in dieser Form überhaupt erst ermöglichten. Bezeichnend sei auch der gegebenen Hinweis, dass es in der LH MD zwar einen **Kaiser-Otto-**

Ring aber nur einen Adelheidring gäbe. Es wäre an der Zeit nun endlich entsprechend der historischen Quellen auch adäquate Bezeichnungen einzuführen.

Auf der Seite 54 ist unter TOP 6.3 der 3. Absatz, 4. Zeile wie folgt zu ergänzen:

Fachleute, wie z.B. das Institut für Germanistik **der Otto-von-Guericke-Universität oder die Gesellschaft für deutsche Sprache, Zweigverein Magdeburg**, einbezogen wurden.

Auf der Seite 57 ist unter TOP 6.6 zu ergänzen:

TOP 6.6., S. 57, bitte ich um Ergänzung:

**Es liegt ein Änderungsantrag A0144/11/1 der Fraktion DIE LINKE vor.
Der vorliegende Änderungsantrag A0144/11/1 der Fraktion DIE LINKE wird in die Beratung mit einbezogen.**

Der Antrag A0144/11 wird zusammen mit dem Änderungsantrag A0144/11/1 in die Ausschüsse StBV und GeSo sowie in die Aufsichtsgremien der MVB GmbH überwiesen.

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 41.(V) Sitzung des Stadtrates am 17.11.11 wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

T0251/11

Hierzu liegt eine Tischinformation vor.

5. Beschlussfassung durch den Stadtrat

5.1. Reise in die Partnerstadt Harbin DS0475/11
BE: Oberbürgermeister

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1117-42(V)11

Der Stadtrat beschließt, dass auf der Grundlage der Einladung der Partnerstadt Harbin, China, zum 28. Internationalen Eis- und Schneefestival vom 4. – 8. Januar 2012 folgende Stadträte der Einladung folgen:

1. Stadtrat Theile
2. Stadtrat Heynemann
3. Stadtrat Hitzeroth
4. Stadtrat Dr. Hörold

5.2. Wirtschaftsplan 2012 des Eigenbetriebes Kommunales Gebäudemanagement DS0393/11
BE: Oberbürgermeister

Der BA KGM empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1118-42(V)11

1. Der Wirtschaftsplan 2012 des Eigenbetriebes Kommunales Gebäudemanagement wird den Anlagen entsprechend wie folgt festgesetzt und beschlossen:

1.1. Im Bereich des Erfolgsplanes 2012 mit einem Jahresfehlbetrag (Betriebskostenzuschuss) in Höhe 2.231.600 €, Aufwendungen in Höhe von 27.142.137 € und Erlöse in Höhe von 24.910.537 €

Die finanziellen Verpflichtungen der LH MD 2012 gegenüber dem Eb KGm bestehen im Wesentlichen wie folgt:

- | | |
|--|-------------|
| - Zahlung eines Zuschuss zur laufenden Geschäftstätigkeit
in Höhe von | 2.231.600 € |
| - Zuweisungen für Hochbauunterhaltung, Graffiti, Grünpflege,
Verkehrssicherungspflicht (Leistungen SFM)
ohne Anteil Eb KGm in Höhe von | 5.378.355 € |

Darüber hinaus ist die Landeshauptstadt Magdeburg verpflichtet, Altersteilzeitzahlungen für Beschäftigte zu leisten, die noch aktiv sind, deren Verträge jedoch vor dem 01.01.2007 geschlossen wurden. Bei Eigenbetriebsbildung wurden dem Eb KGm die Rückstellungen für Aufstockungsbeträge und bis zum 31.12.2006 zu bildende Erfüllungsrückstellungen nicht übertragen, so dass die Zahlungspflicht der LH MD in Jahresscheiben abzurufen ist.

Für das Wirtschaftsjahr 2012 beträgt diese Zahlungspflicht 179.412 €

Im Weiteren realisiert der Eigenbetrieb über seine Geschäftstätigkeit folgende Erlöse:

- | | |
|--|-------------|
| - Nutzungsentgelte Stadt (ohne Eb´s und Leerstand) | 7.350.432 € |
| - Nutzungsentgelte andere Eb´s | 115.810 € |

1.2. Im Bereich des Vermögensplanes 2012 mit einem Einnahme- und Ausgabevolumen in Höhe von 440.115 €

1.3. Mit einem Höchstbetrag der Kassenkredite von 1.500.000,00 €

Die mittelfristige Finanzplanung 2013 bis 2015 wird zur Kenntnis genommen.

- 5.3. Grundsatzbeschluss Kindertageseinrichtung "Kleiner Maulwurf", DS0413/11
Kreisstraße 3 in Magdeburg / OT Beyendorf
-
- BE: Oberbürgermeister

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0413/11/1.

Die Ausschüsse Juhi und FG und der BA KGM empfehlen die Beschlussfassung.

Gemäß Änderungsantrag DS0413/11/1 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Im Beschlusstext unter 1. ist zu präzisieren:
„.....bestätigt die Variante 2 Neubau.....“

Folglich lautet der Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat nimmt das Ergebnis der Machbarkeitsstudie zur Kenntnis und bestätigt die Variante **2** Neubau für die Tagesbetreuung von 55 Kindern am Standort Kreisstraße 3.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0413/11/1 des Ausschusses StBV einstimmig:

Beschluss-Nr 1119-42(V)11

1. Der Stadtrat nimmt das Ergebnis der Machbarkeitsstudie zur Kenntnis und bestätigt die Variante **2** Neubau für die Tagesbetreuung von 55 Kindern am Standort Kreisstraße 3.
2. Die Verwaltung wird mit der Erstellung der Vorplanung beauftragt.

5.4. Jahresabschluss 2010 Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb DS0420/11
 BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine
 Verwaltung

Der BA SAB und der Ausschuss RPB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1120-42(V)11

1. Der Jahresabschluss 2010 des Städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes (SAB) auf den 31. Dezember 2010 wird wie folgt festgestellt:

1.1 Bilanzsumme von 71.534.878,27 EUR

1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf

- das Anlagevermögen 25.244.791,28 EUR
- das Umlaufvermögen 46.208.198,21 EUR

1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf

- das Eigenkapital 32.443.090,37 EUR
 - davon
 - Stammkapital 5.112.918,00 EUR
 - Allgemeine Rücklage 9.460.351,85 EUR
 - Verlustvortrag 1.116.671,79 EUR
 - Jahresgewinn 18.986.492,31 EUR
- die empfangenen Ertragszuschüsse 0,00 EUR
- die Rückstellungen 35.331.635,13 EUR
- die Verbindlichkeiten 3.754.552,77 EUR

1.2 Jahresgewinn 18.986.492,31 EUR

1.2.1 Summe der Erträge 50.029.924,77 EUR

1.2.2 Summe der Aufwendungen 31.043.432,46 EUR

2. Behandlung des Jahresgewinnes

Der Jahresgewinn von 18.986.492,31 EUR wird wie folgt behandelt:

- a) zur Zuführung in die allgemeine Rücklage i.H.v. 3.100.168,36 EUR
- b) zur Zuführung in die Sonderrücklage gemäß Art. 67 Abs. 3 EBHGB i.H.v. 15.374.869,25 EUR
- c) Vortrag auf neue Rechnung (Verlustvortrag) i.H.v. 500.479,11 EUR
- d) zur Abführung an den Haushalt der Stadt i.H.v. 1.011.933,81 EUR

3. Der Betriebsleiterin, Frau Doris König, wird gemäß § 19 (4) Eigenbetriebsgesetz die Entlastung für das Wirtschaftsjahr 2010 erteilt.

5.5. Jahresabschluss zum 31.12.2009 der P.G.M. Parkraum GmbH DS0404/11
 Magdeburg
 BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1121-42(V))11

1. Der Stadtrat nimmt den von der Anochin, Roters & Kollegen GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss der P.G.M. Parkraum GmbH Magdeburg zum 31.12.2009 zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss zum 31.12.2009 mit einer Bilanzsumme von 2.790.355,27 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 732.717,50 EUR festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 732.717,50 EUR mit dem Verlustvortrag in Höhe von 2.408.276,50 EUR zu verrechnen und den saldierten Verlust in Höhe von 3.140.994,00 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
 - den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2009 zu entlasten,
 - dem Geschäftsführer, Herrn Thorsten Gebhardt, für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen,
 - zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 die Anochin, Roters & Kollegen GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zu bestellen.

5.6. Jahresabschluss 2010 der Innovations- und Gründerzentrum DS0431/11
 Magdeburg GmbH (IGZ GmbH)
 BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1122-42(V)11

Der Stadtrat nimmt den von der Anochin Roters & Kollegen GmbH & Co. KG geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2010 der Innovations- und Gründerzentrum Magdeburg GmbH (IGZ GmbH) zur Kenntnis.

Der Gesellschaftervertreter der IGZ GmbH wird angewiesen:

- den Jahresabschluss 2010 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 16.738.508,05 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 12.437,57 EUR festzustellen,
- den Jahresüberschuss 2010 in Höhe von 12.437,57 EUR mit dem Verlustvortrag in Höhe von 607.693,25 EUR zu verrechnen und insgesamt auf neue Rechnung vorzutragen,
- dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Ude, für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung zu erteilen,
- die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Anochin Roters & Kollegen GmbH & Co. KG zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2011 zu bestellen.

5.7. Jahresabschluss 2010 der Stadion Magdeburg GmbH & Co. KG DS0433/11

 BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1123-42(V)11

1. Der Stadtrat nimmt den von der Deloitte & Touche GmbH geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2010 der Stadion Magdeburg GmbH & Co. KG (Stadion KG) zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der Stadion KG werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2010 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 15.190.338,63 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.171.047,30 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss in Höhe von 1.171.047,30 EUR mit dem Kapitalkonto II des Kommanditisten LH Magdeburg in Höhe von -1.565.020,80 EUR zu verrechnen und insgesamt in Höhe von -393.973,50 EUR vorzutragen,
 - der persönlich haftenden Gesellschafterin, Stadion Magdeburg Verwaltungsgesellschaft mbH, sowie dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung zu erteilen,
 - die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2011 zu bestellen.

5.8. Jahresabschluss 2010 der Stadion Magdeburg
Verwaltungsgesellschaft mbH

DS0434/11

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1124-42(V)11

3. Der Stadtrat nimmt den von der Deloitte & Touche GmbH geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2010 der Stadion Magdeburg Verwaltungsgesellschaft mbH (Stadion GmbH) zur Kenntnis.
4. Der Gesellschaftervertreter der Stadion GmbH wird angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2010 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 33.961,49 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.750,46 EUR festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.750,46 EUR mit dem Verlustvortrag in Höhe von 854,59 EUR zu verrechnen und den daraus entstehenden Verlustvortrag in Höhe von 2.605,05 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
 - dem Geschäftsführer, Herrn Peter Fechner für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung zu erteilen,
 - die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2011 zu bestellen.

5.9. Jahresabschluss 2010 der Flughafen Magdeburg GmbH (FMG) DS0435/11
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1125-42(V)11

1. Der Stadtrat nimmt den von der PKF FASSELT SCHLAGE Partnerschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2010 der Flughafen Magdeburg GmbH (FMG) zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2010 mit einer Bilanzsumme von 8.968.827,26 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 293.731,00 EUR festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag 2010 in Höhe von 293.731,00 EUR mit den von der Landeshauptstadt Magdeburg gewährten Betriebskostenzuschüssen in Höhe von 78.400,00 EUR zu verrechnen und den verbleibenden Jahresfehlbetrag in Höhe von 215.331,00 EUR aus der Kapitalrücklage zu entnehmen,
 - dem Geschäftsführer, Herrn Peter Fechner, sowie dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung zu erteilen,
 - die PKF FASSELT SCHLAGE Partnerschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2011 zu bestellen.

5.10. Jahresabschluss zum 31.12.2010 der WOHNEN UND
PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH

DS0445/11

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1126-42(V)11

1. Der Stadtrat nimmt den von der WTR Hedderich, Hoppe, Huskamp Partnerschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss zum 31.12.2010 der WOHNEN UND PFLEGEN MAGDEBURG gemeinnützige GmbH zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss zum 31.12.2010 mit einer Bilanzsumme von 55.919.421,85 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 326.256,87 EUR festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag in Höhe von 326.256,87 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
 - den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2010 zu entlasten,
 - dem Geschäftsführer Herrn Norbert Lendrich für das Geschäftsjahr 2010 Entlastung zu erteilen,
 - zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2011 die WTR Hedderich, Hoppe, Huskamp Partnerschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, zu bestellen.

5.11. Jahresabschluss 2010 der Zentrum für Produkt-, Verfahrens-
und Prozeßinnovation GmbH (ZPVP GmbH)

DS0446/11

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1127-42(V)11

1. Der Stadtrat nimmt den vom Wirtschaftsprüfer Georg-Rainer Rätze geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2010 der ZPVP GmbH zur Kenntnis.

5.13. Beteiligungsbericht 2011

DS0407/11

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Die Ausschüsse FG und VW empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1129-42(V)11

1. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2011 nach Erörterung gemäß § 118 Abs. 2 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO LSA) zur Kenntnis.
2. Der Oberbürgermeister hat die Einwohner der Landeshauptstadt Magdeburg in geeigneter Form über den Beteiligungsbericht zu unterrichten (§ 118 Abs. 3 GO LSA).
3. Der Beteiligungsbericht ist dem Landesverwaltungsamt unverzüglich vorzulegen.

5.14. Neubesetzung im Beirat der GWM

DS0439/11

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1130-42(V)11

Der Stadtrat stimmt dem Vorschlag des Beirates der GWM Gesellschaft für Wirtschaftsservice Magdeburg mbH und des Oberbürgermeisters zu, dass Herr Prof. Dr.-Ing. Thomas Götze als externes Mitglied in den Beirat der GWM durch die Gesellschafterversammlung bestellt wird.

- 5.15. Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die DS0464/11
 Jahresabschlussprüfung des Geschäftsjahres 2011 der Zentrum
 für Neurowissenschaftliche Innovation und Technologie GmbH
 (ZENIT GmbH)

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1131-42(V)11

Der Gesellschaftervertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Zentrum für Neurowissenschaftliche Innovation und Technologie GmbH (ZENIT GmbH) wird angewiesen, die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft WTR – Hedderich · Hoppe · Huskamp Partnerschaft zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2011 zu bestellen.

- 5.16. Wirtschaftsplan 2012 des Eigenbetriebes Konservatorium Georg DS0262/11
 Philipp Telemann

BE: Bürgermeister

Der BA Konservatorium empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1132-42(V)11

1. Der Wirtschaftsplan 2012 des Eigenbetriebes Konservatorium wird entsprechend der Anlage wie folgt festgesetzt und beschlossen:

im Bereich des Erfolgsplanes mit Aufwendungen und Erträgen
 in Höhe von 3.959.650,00 EUR

im Bereich des Vermögensplanes mit einem Einnahme- und
 und Ausgabevolumen in Höhe von 68.700,00 EUR

mit einem Höchstbetrag der Kassenkredite in Höhe
 von 250.000,00 EUR.

2. Finanzielle Verpflichtungen der Landeshauptstadt Magdeburg:

Die Landeshauptstadt Magdeburg zahlt dem Eigenbetrieb Konservatorium 2012 einen Zuschuss zur laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 2.574.350,00 EUR.

Die Landeshauptstadt Magdeburg zahlt dem Eigenbetrieb Konservatorium 2012 einen weiteren Zuschuss zur Deckung folgender Aufwendungen:

- Nutzungsentgelt für das KGm
- Leistungsverrechnung an die städtischen Ämter, Fachbereiche und Eigenbetriebe in Höhe der jeweils entstehenden Aufwendungen
- Zinsen für die dem Eigenbetrieb übertragene Restschuld gemäß Zinsplan
- Beiträge zur Berufsgenossenschaft in Höhe der jeweils entstehenden Aufwendungen
- Abschreibungen auf das betriebsnotwendige Anlagevermögen

Im Jahr 2012 beträgt dieser Zuschuss 243.400,00 EUR.

3. Der Finanzplan 2013 bis 2015 wird zur Kenntnis genommen.

5.17.	Umsetzung von Angeboten der Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes	DS0418/11
BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit		

Die Ausschüsse BSS, Juhi und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, dankt der Verwaltung für die vorliegende Drucksache DS0418/11.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, begründet ihre Ablehnung zur vorliegenden Drucksache DS0418/11 mit der Streichung des Anteils der Stadt Magdeburg zur Schulsozialarbeit und der ausschließlichen Ausrichtung auf das Paket des Bundes.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning geht klarstellend auf die kritischen Anmerkungen der Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, ein und kann deren Standpunkt nicht nachvollziehen. Er führt aus, dass die Stadt keineswegs vorhabe, sich zurückzuziehen und verweist dabei auf derzeitige Verhandlungen mit dem Land zur Frage, wie Schulsozialarbeit zu finanzieren und zu ersetzen ist.

Im Rahmen der weiteren Diskussion erläutert der Vorsitzende des Ausschusses BSS Stadtrat Schindehütte die Erörterung zur Frage der Streichung der Eigenmittel durch die Stadt. Er erinnert daran, dass die Schulsozialarbeit als freiwillige Arbeit eingeführt wurde zu dem Zeitpunkt als das Programm im Land beendet wurde. Er signalisiert seine Zustimmung zur vorliegenden Drucksache DS0418/11.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper ergänzt, dass er es für ausgeschlossen hält, dass nach Auslaufen des Bundesförderungsprogramms die Stadt das Niveau auf eigene Kosten für die Schulsozialarbeit halten kann.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1133-42(V)11

1. Der Stadtrat beschließt die fachliche Umsetzung von Angeboten der Schulsozialarbeit durch das Bildungs- und Teilhabepaket im Rahmen der Prioritätenliste für die benannten Schulstandorte und der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung des Jugendamtes mit dem Abschluss von Leistungsvereinbarungen mit freien Trägern der Jugendhilfe für den Zeitraum von 2012 bis 2013 (2015).
3. Der Stadtrat nimmt die als Anlage zu dieser Drucksache beigefügten Ziele und Aufgaben der Schulsozialarbeit für die Jahre 2012 bis 2013 (2015) zur Kenntnis.

5.18. Projektförderung von internationalen Jugendbegegnungen und DS0272/11
 städtepartnerschaftlichen Austauschen
 BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit

Der TOP 5.18 – DS0272/11 wird **vertagt**.

5.19. 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 343-1 "Lemsdorf-Klinketal" und öffentliche Auslegung des Entwurfs

DS0300/11

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1134-42(V)11

1. Der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 343-1 „Lemsdorf-Klinketal“ wird geändert. Der zu ändernde Bereich umfasst die Flurstücke 10130, 642/7 und 10128 (alle Flur 364). Die Änderung erfolgt gemäß § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren. Planungsziel ist die Anpassung der überbaubaren Grundstücksfläche an vorhandenes Grundeigentum und ein konkretes Bauvorhaben. Gemäß § 13 Abs. 2 BauGB wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen. Die Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgt durch eine Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB.
2. Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:

Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache (DS0300/11), wird gebilligt.
3. Der Entwurf der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 343-1 „Lemsdorf-Klinketal“ und die Begründung werden in der vorliegenden Form gebilligt. Eine Umweltprüfung wurde in Anwendung des § 13 Abs. 3 BauGB nicht durchgeführt.
4. Der Entwurf der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 343-1 „Lemsdorf-Klinketal“ und die Begründung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.
Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung sind ortsüblich bekannt zu machen.
Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 über die öffentliche Auslegung zu benachrichtigen.

5.20.	Aufstellung des einfachen Bebauungsplanes Nr. 206-3 "An der Steinkuhle Ost"	DS0339/11
<hr/>		
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr		

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1135-42(V)11

1. Gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 und § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll für das Gebiet, welches umgrenzt wird:
 - im **Norden**: entlang der Nordseite der Straße An der Steinkuhle (Nordgrenze der Flurstücke 10167, 240/4, 240/5), etwa 5m in Parallele zur Westfassade der Bürogebäude (Ostgrenze der Flurstücke 170/5, 10180, 10181, 10273, 10272), der Südseite des Lorenzweges (Nordgrenze der Flurstücke 171/8, 171/9, 172/8, 174/20, 174/9)
 - im **Osten**: westlich des Magdeburger Rings (Ostgrenze der Flurstücke 174/20, 174/21, 174/17, 177/4, 240/11), Bereich der Abfahrtsrampe Albert-Vater-Straße/ B1 (Ostgrenze des Flurstücks 177/2, Südgrenze der Flurstücke 175/7, 174/33), westlich der Abfahrt (Ostgrenze der Flurstücke 10165, 10164, 1986/192)
 - im **Süden**: entlang der Nordseite der Albert-Vater-Straße (Südgrenze der Flurstücke 1986/192, 2898/192, 2896/192, 2774/192, 2894/192, 2893/192, 2890/192, 2889/192, 192/4, 2775/192)
 - im **Westen**: Ostseite der Straße An der Steinkuhle (Westgrenze der Flurstücke 2775/192, 2783/240, 2777/197, 2780/197, Nordgrenze des Flurstücks 2781/199 und Westgrenze des Flurstücks 10166)
 ein einfacher Bebauungsplan aufgestellt werden. Das Plangebiet liegt in der Flur 270.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, welcher Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

2. Es werden folgende Planungsziele angestrebt: Der Bebauungsplan soll ausschließlich Festsetzungen gem. § 9 Abs. 2a BauGB zur Sicherung der zentralen Versorgungsbereiche, insbesondere der Innenstadt und der Nahversorgungsbereiche Olvenstedter Straße (Stadtteil: Stadtfeld Ost), als auch Holzweg (Stadtteil: Nordwest), enthalten. Der Bebauungsplan wird aus dem Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg entwickelt. Im Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg ist der Bereich überwiegend als gewerbliche Baufläche und anteilig als gemischte Baufläche dargestellt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung durch 14-tägige Offenlegung des Aufstellungsbeschlusses, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten, im Stadtplanungsamt Magdeburg, erfolgen.

5.21. Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 354-2.1 "Wohnpark Frankefelde" DS0345/11

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 45 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1136-42(V)11

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 428-4.1 "Wohnpark Frankefelde" in den Stellungnahmen vorgebrachten Anregungen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:
Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache, wird gebilligt.

Einzelbeschlüsse sind nicht zu fassen, womit die Benachrichtigung der Ergebnisse der Abwägung unter Angabe der Gründe gemäß § 3 Abs. 2 BauGB entfällt.
2. Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, und § 6 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 10. August 2009 (GVBl. S. 383), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 08.12.2011 den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 354-2.1 „Wohnpark Frankefelde“, bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B), als Satzung.
3. Die Begründung zum Bebauungsplan und die zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 Absatz 4 BauGB werden gebilligt.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

5.22.	Einleitung des Satzungsverfahrens für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 349-4.1 "Osterweddinger Straße 30"	DS0351/11
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr		

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1137-42(V)11

1. Für das Gebiet, das umgrenzt wird:
 - im Norden durch die Südgrenze des Flurstücks 9 (Flur 614), die Westgrenze des Flurstücks 8 (Flur 614) und die West- und die Südgrenze des Flurstücks 7 (Flur 614),
 - im Osten durch die Westgrenze der Osterweddinger Straße,
 - im Süden durch die Nordgrenzen der Flurstücke 5, 4, 10092, 10091, 2 und 1 (alle Flur 614),
 - im Westen durch die Ostgrenzen der Flurstücke 65/7 (Flur 615) und 65/8 (Flur 615).

wird gemäß § 12 Abs. 2 BauGB auf Antrag des Vorhabenträgers das Satzungsverfahren für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan eingeleitet.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan soll gemäß § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden.

2. Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, der einen Bestandteil des Beschlusses bildet, dargestellt.

Im Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg ist die Fläche, auf der das Vorhaben errichtet werden soll, als Wohnbaufläche dargestellt. Planungsziel ist die Errichtung einer Einfamilienhausbebauung.

3. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung durch 14-tägige Offenlegung des Einleitungsbeschlusses, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten im Stadtplanungsamt Magdeburg und durch eine Bürgerversammlung erfolgen.

5.23. Einziehung von Teilabschnitten der Straße Olvenstedter Grund DS0355/11
und der Parkplätze Olvenstedter Grund (ehem. Nr. 40-48)

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1138-42(V)11

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Einziehung von Teilabschnitten der Straße Olvenstedter Grund und der Parkplätze Olvenstedter Grund (ehem. Nr. 40-48) im Zuge des Neubaus der Feuerwache Olvenstedt/ Diesdorf zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

5.24. Entscheidung über das Bestehen eines öffentlichen Interesses DS0356/11
am grundhaften Ausbau der Verkehrsanlage "Blumenstraße"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse StBV, FG und RWB empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende des Ausschusses RWB Stadtrat Salzborn begründet das Abstimmungsverhalten.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Jastimme:

Beschluss-Nr. 1139-42(V)11

Die Drucksache DS0356/11 –

Der grundhafte Ausbau der Verkehrsanlage „Blumenstraße“ wird durchgeführt, da ein öffentliches Interesse an dieser beitragsauslösenden Maßnahme besteht. –

wird **abgelehnt**.

Der Vorsitzende des Ausschusses UwE Stadtrat Wendenkampf dankt den Entwicklern des Konzeptes und merkt an, dass der Bevölkerung dies zu Gute kommt.

Der Vorsitzende des Ausschusses RWB Stadtrat Salzborn sieht aus wirtschaftlichen und touristischen Aspekten in der Durchführung der Landesgartenschau eine Belebung der Stadt.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Czogalla begründet ebenfalls das Votum u.a. damit, dass sie eine Aufwertung des Gebietes sehen und die Nachnutzung für die Bürger ist. Er bezeichnet das vorliegende Konzept als Bewerbungsgrundlage für die Landesgartenschau 2018 in Magdeburg als würdig.

Stadtrat Hitzeroth, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! dankt der Verwaltung für die Erarbeitung der Drucksache DS0465/11 und der Machbarkeitsstudie. Seine Fraktion sieht darin keine Konkurrenz zum Projekt „Kulturhauptstadt“ Magdeburg.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke signalisiert, dass seitens seiner Fraktion kein einheitliches Votum abgegeben werden wird. Er verweist auf die bestehende Skepsis u.a. mit den vielen kostenintensiven anstehenden Projekten, die finanziell von der Stadt geschultert werden müssen. Stadtrat Schwenke sieht weiterhin große Bedenken bei der Nachnutzung, stellt aber klar, dass er grundsätzlich zu demokratisch gefassten Mehrheitsbeschlüssen steht und sich dementsprechend auch beim Land einsetzen wird.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, verweist darauf, dass Magdeburg eine Landeshauptstadt und somit auch eine Aushängeschild für die Region ist. Er spricht sich für die Durchführung der Landesgartenschau aus und sieht dabei u.a. auch die Aufwertung des ehemaligen SKET-Areals.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, argumentiert ebenfalls für die Annahme der Drucksache DS0465/11 und verweist auf die Missstände der Industriebrachen in Südost. Er sieht weiterhin auch Vorteile in der touristischen Erschließung wie z.B. de Elberadweges und legt umfassend seinen Standpunkt dar. Abschließend kündigt er den Änderungsantrag DS0465/11/1 an.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterstreicht die Ausführungen des Stadtrates Canehl und sieht in der Durchführung der Landesgartenschau in diesem Gebiet ebenfalls eine Chance, etwas zu entwickeln.

Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, stellt eine Reihe von Fragen zur Machbarkeitsstudie wie z.B. zur Sanierung der Altlasten, zum Grundstückserwerb, zur Prognose der Hotelauslastung während der Landesgartenschau. Sie hinterfragt auch, inwieweit die finanziellen Mittel im Haushaltsplan 2012 berücksichtigt sind. Stadträtin Meinecke beantragt abschließend im Namen ihrer Fraktion die namentliche Abstimmung zur vorliegenden Drucksache DS0465/11.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, gibt zur Kenntnis, dass seine Fraktion ebenfalls kein einheitliches Meinungsbild zur Durchführung der Landesgartenschau in der Landeshauptstadt Magdeburg hat. Er geht in seinen weiteren Ausführungen auf einige Punkte zur Voraussetzung für die Bewerbung und Realisierung von Landesgartenschauen im Runderlass des Landes Sachsen-Anhalts ein. Stadtrat Müller hält den vorliegenden Beschlusstext für problematisch, da dieser nach seiner Auffassung nicht mit den Durchführungsbestimmungen übereinstimmt. Abschließend geht Stadtrat Müller auf die Bewerbung Magdeburgs zur Kulturhauptstadt Europas ein und sieht darin eine Konkurrenz.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, spricht sich im Namen seiner Fraktion für die Durchführung der Landesgartenschau in Magdeburg aus.

Stadtrat Hoffmann, Fraktion CDU/BfM, spricht sich aus Kostengründen gegen die Annahme der Drucksache DS0465/11 aus. Aus seiner Sicht gibt es dringende Projekte wie z.B. die Verlängerung der Strombrücke.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, stellt klar, dass er für weitere Förderungen und Sanierungen im Stadtteil Südost ist, das Geld aber gezielt eingesetzt werden sollte. Er regt an, auch die Eigentümer der Immobilienbrachen in die Pflicht zu nehmen.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, signalisiert seine Zustimmung zur vorliegenden Drucksache DS0465/11 und sieht darin eine Aufwertung der Flächen in Südost. Allerdings sieht er auch finanzielle Probleme.

Im Rahmen der weiteren umfangreichen Diskussion stellt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper fest, dass die vorliegende Drucksache Wunsch des Stadtrates war. Er merkt an, dass für die Erarbeitung der Drucksache DS0465/11 nur 8 Wochen Zeit waren und aus diesem Grund noch viele Fragen offen sind. Dr. Trümper stellt klar, dass heute nur das Bewerbungskonzept beschlossen wird, womit sich im Anschluss dezidiert auseinandergesetzt wird. Er merkt weiter an, dass nach der Zuschlagserteilung durch das Land geschaut werden müsse, im welchen Umfang die Landesgartenschau durchführbar ist. Er bittet abschließend um Zustimmung zur Drucksache DS0465/11.

Der Vorsitzende des Ausschusses RWB Stadtrat Salzborn merkt kritisch an, dass der Wortlaut des Änderungsantrages DS0465/11/2 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! sein Vorschlag im Ausschuss war und er sich eine Einbeziehung gewünscht hätte.

Nach umfangreicher kontroverser Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0465/11/2 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! mehrheitlich, bei 6 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen:

Der Stadtrat möge beschließen:

Punkt 1 des Beschlussvorschlages wird um folgenden Absatz erweitert:

zur Kenntnis. ...

Der Oberbürgermeister wird gebeten, Vorschläge für eine intensivere Einbeziehung privater Interessenten und Eigentümer an der Landesgartenschau 2018 zu erarbeiten.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 13 Jastimmen und 4 Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0465/11/3 der Fraktion DIE LINKE –

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, der Bewerbung Magdeburgs als Kulturhauptstadt Europas Priorität einzuräumen. In diesem Zusammenhang sollen stufenweise alle Maßnahmen, die für diese Bewerbung nützlich sind und gleichzeitig eine spätere Ausrichtung einer Landesgartenschau vorbereiten, nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit der Stadt in Angriff genommen oder fortgeführt werden. Eine Bewerbung für die Ausrichtung einer Landesgartenschau wird zu einem späteren Zeitpunkt ins Auge gefasst. –

wird **abgelehnt**.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt bringt den Änderungsantrag DS0465/11/1 ein.

Gemäß Änderungsantrag DS0465/11/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 11 Gegenstimmen und 15 Enthaltungen:

Die Maßnahme **B01 Boulevard Schönebecker Straße, inkl. 3 behindertengerechte Haltestellen**, aufgeführt in Anlage 1 (Finanzplan) zu DS0465/11 unter B – Flankierende Maßnahmen, wird in den Bereich A – Kerngelände aufgenommen.

Es erfolgt die namentliche Abstimmung zur Drucksache DS0465/11. **(Anlage 1)**

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung aller beschlossenen Änderungsanträge mit 30 Ja-, 16 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1141-42(V)11

1. Der Stadtrat nimmt die beigefügte Machbarkeitsstudie mit ihren Ausführungsobjekten A (definitives Projekt), B und C (zusätzliche Projekte bei entsprechender Förderung) als zentrale Bewerbungsunterlage zur Durchführung der Landesgartenschau Magdeburg 2018 zur Kenntnis.
Der Oberbürgermeister wird gebeten, Vorschläge für eine intensivere Einbeziehung privater Interessenten und Eigentümer an der Landesgartenschau 2018 zu erarbeiten.
2. Die Landeshauptstadt Magdeburg bewirbt sich bis zum 31.12.2011 beim Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt um die Ausrichtung der Landesgartenschau 2018.
3. Nach der Zuschlagserteilung im Jahr 2012 zur Ausrichtung der Landesgartenschau 2018 wird ein präzisiertes Konzept mit Kostenreduzierungen vorgelegt und die dann erforderlichen finanziellen Mittel ab dem Haushaltsjahr 2012 ff. entsprechend des Finanzierungsplanes eingestellt.
4. Die Maßnahme B01 Boulevard Schönebecker Straße, inkl. 3 behindertengerechte Haltestellen, aufgeführt in Anlage 1 (Finanzplan) zu DS0465/11 unter B – Flankierende Maßnahmen, wird in den Bereich A – Kerngelände aufgenommen.

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

- 6.1. Nutzung der Sportstätten von Universität und Fachhochschule während der Semesterpause/Sommerferien A0103/11
FDP-Fraktion
WV v. 25.08.11
-

Die Ausschüsse BSS und Juhi betrachten den Antrag A0103/11 mit der vorliegenden Stellungnahme als erledigt.

Stadtrat Bartelmann, FDP-Fraktion, zieht im Ergebnis der vorliegenden Stellungnahme S0235/11 den Antrag A0103/11 **zurück**.

- 6.2. Internatsangebote für Sportschulen A0119/11
Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!
WV v. 22.09.11
-

Die Ausschüsse BSS und FG empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Gemäß Antrag A0119/11 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 8 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1142-42(V)11

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

zu prüfen, wie in Kooperation mit privaten Partnern und den Sportschulen alternative Wohnungs-/Internatsangebote für die Schülerinnen und Schüler der Sportschulen vor Ort entwickelt und angeboten werden können.

6.3.	Kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur verkehrlichen Entlastung der südöstlichen Stadtteile	A0133/11
	Fraktionen SPD-Tierschutzpartei-future! und CDU/BfM WV v. 22.09.11	

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0133/11/1.

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg bringt den interfraktionellen Antrag A0133/11 ein.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann nimmt zum Antrag A0133/11 Stellung. Er merkt dabei an, dass der Ausbau der Blumenstraße nicht Gegenstand des Haushaltes ist und verweist auf die entsprechende Beschlusslage des Stadtrates. Er geht weiterhin erläuternd auf die Kostengröße des Knotenpunktes Alt-Salbke/Faulmannstraße ein und verweist abschließend auf eine Reihe von Verkehrszählungen in den südöstlichen Stadtteilen, die kein neueres Bild ergeben.

Stadtrat Rohrßen, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! dankt dem Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann für die Ausführungen. Er stellt aber fest, dass hier unterschiedliche Maßnahmen zusammengeworfen werden und es hier in erster Linie um die Kreuzungsanlage geht. Stadtrat Rohrßen erläutert weiterhin die Intention des Antrages A0133/11.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, macht ergänzende Ausführungen zur Zielstellung des interfraktionellen Antrages A0133/11.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0133/11 in die Haushaltsberatung – ein.

Vertreter der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! und Fraktion DIE LINKE sprechen sich gegen den GO-Antrag aus.

Der GO-Antrag des Stadtrates Dr. Hörold, FDP-Fraktion – der Antrag A0133/11 wird in die Haushaltsberatung überwiesen – wird vom Stadtrat mit 22 Ja-, 21 Neinstimmen und 2 Enthaltungen **abgelehnt**.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beantragt die getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte.

Im Anschluss informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper über ein Gespräch mit der Bürgerinitiative in Salbke, worin der Wunsch nach verkehrsberuhigenden Maßnahmen geäußert wurde. Er stellt klar, dass eine Entlastungsstraße in den nächsten 10 Jahren nicht gebaut wird.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Änderungsantrag A0133//11/1 des Ausschusses StBV –

Der Antrag soll wie folgt ergänzt werden:

nach und auf Grundlage einer zu erstellenden Verkehrsprognose (auf Grundlage vorhandener Verkehrszählungen).....zur Entspannung der Kreuzungssituation Alt Salbke/
Faulmannstraße.....

wird **abgelehnt**.

Gemäß Punkt 1 des Beschlussvorschlages des interfraktionellen Antrages A0133/11 **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Beschluss-Nr. 1143-42(V)11

1. Die Regelung der Verkehre in den südöstlichen Stadtteilen entlang der Straßenzüge: Schönebecker Straße, Alt Fermersleben, Alt Salbke und Alt Westerhüsen orientiert sich an dem Ziel, für die Bewohnerinnen und Bewohner eine deutliche Verkehrsberuhigung zu erreichen.

Gemäß Punkt 2 des interfraktionellen Antrages A0133/11 **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 13 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1144-42(V)11

2. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert,

die der Verkehrsuntersuchung Südost zugrundeliegende Verkehrszählung um die von der südlichen Stadtgrenze bis zur Warschauer Straße/Schleinufer fahrenden Durchgangsverkehre und Quell- und Zielverkehre aus den Wohngebieten in Westerhüsen, Salbke, Fermersleben und Buckau zu aktualisieren,

zur Entspannung der Kreuzungssituation Alt Salbke/Faulmannstraße diese Kreuzung zukunftsfähig zu ertüchtigen, und kostenseitig zur Realisierung im Haushalt 2012/2013 abzusichern,

geeignete verkehrslenkende und verkehrsberuhigende Maßnahmen zu ergreifen, wobei die in 2012 und 2013 ausweislich der Investitionsprioritätenliste geplanten Deckschichtenerneuerungen entsprechend dieser Zielsetzung auszuführen sind.

zur Sicherung der zukünftige Entlastungsstraßenführung, wie in der Wirtschaftsverkehrskonzeption skizziert, die planungsrechtlichen Grundlagen und Sicherheiten zu schaffen und hierbei auch den Bereich der Faulmannstraße/Salbker Chaussee/Ottersleber Chaussee zu berücksichtigen.

6.4. Mitarbeit in der Nord-Süd-Initiative zur Entwicklung eines neuen A0135/11
 Wirtschaftsraumes in Europa

 FDP-Fraktion
 WV 13.10.11

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, bittet darum, im Sinne der vorliegenden Stellungnahme S0277/11 dem Antrag A0135/11 zuzustimmen.

Gemäß Antrag A0135/11 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 3 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1145-42(V)11

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Möglichkeiten der Beteiligung der Landeshauptstadt Magdeburg, ggf. in Abstimmung mit der IHK Magdeburg, an der Entwicklung eines neuen Wirtschaftsraumes im Rahmen der Nord-Süd-Initiative zu prüfen.
2. Die Ergebnisse und ggf. Handlungsempfehlungen sind dem Stadtrat im I. Quartal 2012 vorzustellen.

6.5. Maßnahmen gegen häusliche Gewalt

A0141/11

Ausschuss FuG
WV v. 13.10.11

Der Ausschuss GeSo empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0141/11/1.

Die Ausschüsse FuG und Juhi empfehlen die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende des Ausschusses FuG Stadtrat Müller bringt den Antrag A0141/11 ein und merkt an, dass der Ausschuss den Änderungsantrag A0141/11/1 des Ausschusses GeSo mit trägt. Er bittet um Zustimmung.

Stadträtin Meyer, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! bringt den Änderungsantrag A0141/11/2 ein.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet darum, den Änderungsantrag A0141/11/2 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! zu präzisieren.

Die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Magdeburg Frau Ponitka erhält das Rederecht. Sie informiert über Foren mit verschiedenen Initiativen zu dieser Problematik. Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, ob auch Männer von häuslicher Gewalt betroffen sind, führt Frau Ponitka aus, dass 11 derartige Fälle bekannt sind.

Stadträtin Zimmer, Fraktion DIE LINKE, erläutert die Intention des Änderungsantrages A0141/11/1 des Ausschusses GeSo.

Der Vorsitzende des Ausschusses GeSo Stadtrat Ansorge macht ergänzende Ausführungen zur Zielstellung des Änderungsantrages A0141/11/1. Er stellt weiterhin klar, dass er dagegen ist, dass der Änderungsantrag A0141/11/2 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! den Beschlusstext ersetzt und bittet darum, diesen als Ergänzung zu beschließen.

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Herr Brüning nimmt zum Antrag A0141/11 Stellung. Er verweist darauf, dass hierbei von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist. Herr Brüning sichert zu, das Thema im kriminalpräventiven Beirat verstärkt zu besprechen.

Der Vorsitzende der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! Stadtrat Bromberg erläutert die Intention des Änderungsantrages A0141/11/2 und bittet darum, die Änderungsanträge A0141/11/1 des Ausschusses GeSo und A0141/11/2 seiner Fraktion gemeinsam auf den Weg zu bringen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Juhi Stadtrat Nordmann informiert über das Beratungsergebnis. Er bittet darum zu berücksichtigen, den kriminalpräventiven Beirat verstärkt in die Problematik mit einzubeziehen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0141/11/2 der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen:

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, mit dem Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt Kontakt aufzunehmen, um den in der Volksstimme beworbenen Spot „Hinter verschlossenen Türen“, der häusliche Gewalt thematisiert, nach der Präsentation in den Kinos auf der Internetseite präsentieren zu können

und

den Spot bei einem positiven Votum des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt so auf der Startseite der Landeshauptstadt einzustellen, dass er deutlich wahrgenommen wird und sich möglichst beim Aufruf der Seite www.magdeburg.de von allein öffnet.

Gemäß Änderungsantrag A0141/11/1 des Ausschusses GeSo **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der Antragstext wird ersetzt durch:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum 30.06.2012 ein Konzept zu Maßnahmen gegen häusliche Gewalt in der Landeshauptstadt Magdeburg vorzulegen und dieses im Ausschuss für Familie und Gleichstellung, im Jugendhilfeausschuss und im Gesundheits- und Sozialausschuss vorzustellen.

Gemäß Antrag A0141/11 des Ausschusses FUG **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung aller beschlossenen Änderungsanträge mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Beschluss-Nr. 1146-42(V)11

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum 30.06.2012 ein Konzept zu Maßnahmen gegen häusliche Gewalt in der Landeshauptstadt Magdeburg vorzulegen und dieses im Ausschuss für Familie und Gleichstellung, im Jugendhilfeausschuss und im Gesundheits- und Sozialausschuss vorzustellen.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, mit dem Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt Kontakt aufzunehmen, um den in der Volksstimme beworbenen Spot „Hinter verschlossenen Türen“, der häusliche Gewalt thematisiert, nach der Präsentation in den Kinos auf der Internetseite präsentieren zu können

und

den Spot bei einem positiven Votum des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt so auf der Startseite der Landeshauptstadt einzustellen, dass er deutlich

wahrgenommen wird und sich möglichst beim Aufruf der Seite www.magdeburg.de von allein öffnet.

Neuanträge

6.6. Fahrgastinformation für Blinde und Sehbehinderte verbessern A0163/11
FDP - Fraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0163/11 in den Ausschuss StBV und AG Menschen mit Behinderungen und in die Organe der MVB GmbH – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0163/11 wird in den Ausschuss StBV und AG Menschen mit Behinderungen und in die Organe der MVB GmbH überwiesen.

6.7. Für Bildungsangebote werben und Termine entflechten A0164/11
FDP - Fraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0164/11 in den Ausschuss BSS vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0164/11 wird in den Ausschuss BSS überwiesen.

6.8. Nationale und internationale Akquisition von A0166/11
Wirtschaftsansiedlungen forcieren
Fraktion CDU/BfM

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0166/11 in die Ausschüsse RWB und VW – vor.

Gemäß vorliegendem interfraktionellen GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0166/11 wird in die Ausschüsse RWB und VW überwiesen.

- 6.9. Konzept zur Entwicklung des Straßenbaumbestandes A0167/11
Fraktion Bündnis90/Die Grünen
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0167/11 in die Ausschüsse StBV, UWE und in den BA SFM – vor.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, unterstützt den GO-Antrag und bittet darum, dabei auch das Grünkonzept zu berücksichtigen.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Hans-Jörg Schuster ergänzt den GO-Antrag um den Ausschuss FG.

Gemäß ergänztem GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0167/11 wird in die Ausschüsse StBV, UWE, FG und in den BA SFM überwiesen.

- 6.10. Tempo 30-Zonen für Kopfsteinpflaster A0168/11
Fraktion Bündnis90/Die Grünen
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0168/11 in den Ausschuss StBV – vor, der durch Stadtrat Wendenkampf, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! um den Ausschuss UWE und durch Stadtrat Boeck, Fraktion DIE LINKE, um den Ausschuss FG ergänzt wird.

Gemäß ergänztem GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der Antrag A0168/11 wird in die Ausschüsse StBV, UWE und FG überwiesen.

- 6.11. Europäische Kompetenz der Stadtverwaltung steigern A0173/11
Fraktion CDU/BfM
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0173/11 in die Ausschüsse VW und RWB – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung:

Der Antrag A0173/11 wird in die Ausschüsse VW und RWB überwiesen.

6.12. Vorfahrt für Straßenbahn

A0174/11

Fraktion DIE LINKE

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, bringt den Antrag A0174/11 ein.

Stadtrat Rohrßen, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! spricht sich gegen die Annahme des Antrages A0174/11 aus, da dieser bereits erledigt ist.

Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/BfM, hält den Antrag A0174/11 ebenfalls für überflüssig und erläutert die gängige Verfahrensweise in dieser Angelegenheit.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann zitiert das ÖPNV-Konzept und verweist auf die entsprechenden Regelungen.

Stadträtin Zimmer, Fraktion DIE LINKE, geht auf die Vorortsituation ein und merkt an, dass in diesem Bereich verkehrswidrig gefahren wird.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, geht nochmals auf die Zielstellung des Antrages A0178/11 ein.

Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, erörtert die Verkehrssituation in der Leipziger Straße.

Nach eingehender Diskussion bringt Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0174/11 in den Ausschuss StBV und in die Gremien der MVB – ein.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 17 Jastimmen:

Der GO-Antrag des Stadtrates Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – der Antrag A0174/11 wird in den Ausschuss StBV und in die Gremien der MVB überwiesen – wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 13 Jastimmen und 6 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1147-42(V)11

Der Antrag A0174/11 der Fraktion DIE LINKE -

Der Oberbürgermeister wird beauftragt darzustellen, wie mit Fertigstellung der neuen Straßenbahntrasse Leipziger Straße-Flugplatz-Bördepark-Reform durch eine Optimierung der Ampelschaltungen an den auf der Strecke liegenden Verkehrskreuzungen („Grüne Welle“) eine Vorfahrt für die Straßenbahn geregelt werden kann. –

wird **abgelehnt**.

6.13. Beachtung von Würde und Anstand

A0175/11

Stadtrat Matthias Gärtner

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Jastimme:

Beschluss-Nr. 1148-42(V)11

Der Antrag A0175/11 des Stadtrates Gärtner –

Die Stadtverwaltung als Mitorganisator der durch den linken „Miteinander e.V.“ durchgeführten Veranstaltung „Meile der Demokratie 2011“ wird beauftragt, das geplante Programm unter Gesichtspunkten einer gemäß diesem Tag gerecht werdenden Pietät durchzuführen. Inszenierungen, die dazu geeignet sind, den Magdeburger Trauertag den Grad einer populären Veranstaltung mit Volksfestcharakter zu verleihen, soll verhindert werden. –

wird **abgelehnt**.

7. Einwohnerfragestunde

Gemäß § 27 Abs.2 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

7.1 Herr Horst Semisch

Schönen guten Tag, sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Stadträte. Ich bin Mitglied des Vorstandes in der Siedlergemeinschaft Birkenweiler und seit dem Jahr 2008 haben wir uns bemüht, Ordnung zu schaffen. Das heißt, die Hecken standen im Straßenbereich. Mit Hilfe des Tiefbauamtes ist es uns gelungen, dass 70 % der Hausbesitzer ihre Hecken ordnungsgemäß beschnitten haben gem. § 26 des Straßengesetzes Sachsen-Anhalt. Und 30 % der Bürger haben aber noch ihre Hecken, die bis zu einem Meter im Straßenbereich reichen. Dies wurde auch vom Tiefbauamt nochmals 2010 beanstandet. Und die Frage heißt eigentlich: Welcher Beigeordnete ist dafür verantwortlich, dass die gesetzlichen Bestimmungen und der gesetzliche Zustand durchgesetzt werden kann. Ich habe Ihnen den gesamten Schriftverkehr, den wir dazu haben, mitgebracht.

Wenn man an dieser Stelle noch mal loben darf. Das Tiefbauamt hat viele Dinge gemacht, gerade für Bürger, die bei uns mit Rollstuhl fahren und dgl. haben sie die Bordsteinkante ausgeglichen, also wirklich hervorragend. Aber diese Problematik mit den Hecken, dass sie ein Meter in den Weg rein ragen, da kommt Feuerwehr, da kommt die gesamte Entsorgung, Gelbe, Blaue Tonne, das kriegen wir einfach nicht in den Griff und im kommenden Jahr haben wir unsere 80-Jahr-Feier und wir würden uns natürlich freuen, wenn wir diese Problematik endlich abschließen könnten. Danke, dass Sie zugehört haben.

Antwort des Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann führt aus, dass das Problem über entsprechende Ordnungsverfügungen behoben werden kann und dies immer ein sehr umständliches Verfahren ist. Er kündigt an, dieses Problem mit dem Tiefbauamtsleiter zu besprechen und bringt seine Zuversicht zum Ausdruck, die Problematik regulieren zu können.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

7.2 Herr Helmut Klüsener

Schönen guten Tag, meine Damen und Herren. Ich komme in der Angelegenheit des Lerntreffs Olvenstedt und möchte noch mal an alle Stadträtinnen und Stadträte appellieren, dass man die Schließung dieses Lerntreffs versucht zu verhindern bzw. diesen Lerntreff wieder eröffnen kann. Ich habe hier einen Hilferuf einer Schülerin aus dem Lerntreff, die hatte im vergangenen Jahr einen Zensuredurchschnitt von 2,8 und hat jetzt in dem letzten Schuljahr, oder im letzten Halbjahr oder in den letzten vier Monaten es geschafft, stark versetzungsgefährdet zu werden bzw. einen Zensuredurchschnitt von 3,9 zu erreichen. Und der Abwärtstrend ist weiterhin sichtbar. Ich war am vergangenen Dienstag zur Elternversammlung, weil es sich hier um eine Spätaussiedlerin handelt als Mutter, die nicht immer den Lehrern diesbezüglich folgen kann und muss immer wieder feststellen, auch mit der Klassenleiterin, dass das einzig und alleine daran liegt, dass diesem Kind die Begrifflichkeiten der Deutschen Sprache nicht immer klar sind und dass die Fragestellungen im Unterricht bzw. in den Lehrbüchern zu kompliziert sind. Wir haben das bisher durch intensive Gespräche, da konnten diese Mängel beseitigt werden. Nun ist aber leider keiner mehr da, der dem Kind jetzt oder der den Kindern diesbezüglich mehr Hilfe zuteil werden lässt. Aus diesem Grund bitte ich Sie alle darum, sich gegen die Schließung des Lerntreffs auszusprechen. Aber nicht nur in Olvenstedt sondern man müsste diese Lerntreffs auch in den anderen sozialen Brennpunkten der Stadt Magdeburg gründen bzw. eröffnen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert dass der Fragesteller mit Schülern bei ihm in der Sprechstunde waren und bereits das Problem geschildert hat. Er merkt an, dass auf seine Nachfrage das Jobcenter auch die Gründe genannt hat, warum die Maßnahme nicht weiter verlängert wird. Die Stadt ist bemüht, in dieser Frage weitere Gespräche zu führen. Herr Dr. Trümper macht deutlich, dass die Stadt über Jugendeinrichtungen verfügt, die genau dieses Ziel haben, nachmittags Kinder aufzunehmen, um diesen in allen Belangen zu helfen. Er verweist weiter auf das Bildungs- und Teilhabepaket, wo aus Bundesmitteln für Nachhilfe bezahlt wird. Er stellt abschließend klar, dass die Stadt sich keine über das ganze Stadtgebiet verteilte kommunal finanzierte weitere Einrichtungen leisten kann.

7.3. Herr Lars Dunkhorst

Schönen guten Tag, mein Name ist Lars Dunkhorst. Ich bin zu Ihnen gekommen, weil es um den Ausbau der Zoonhaltestelle geht. Ich beziehe mich da auf einen Artikel in der Volksstimme vom 17.11.2011, in dem der Herr Trümper gesagt hat, dass weder die Stadt noch die

Magdeburger Verkehrsbetriebe etwas dafür könnten, dass sich der Ausbau verzögert, das Geld wäre da und die Haltestellen wären schon längst, wie versprochen, im Bau, wenn nicht ein Bürger, sprich: ich, dagegen Einspruch eingelegt hätte. Ganz so ist das nicht richtig. Ich hätte das auch gerne klar gestellt, ich hatte Sie mehrfach versucht anzurufen, leider haben Sie mich nicht zurück gerufen; deswegen musste ich diesen Weg nach Canossa hier beschreiten. Im April d. J. – ich muss leider etwas ausholen – stand in der Volksstimme, dass der behindertengerechte Ausbau der besagten beiden Haltestellen durchgeführt werden kann, weil Fördermittel der Europäischen Union eingetroffen sind und diese noch bis Ende d. J. abgeschlossen werden können. So. Daraufhin haben wir als Eigentümer von der MVB aber nichts gehört sondern erst drei Monate später lud man uns mit Schreiben vom 14. Juli zum 24. Juli zu einer Begehung ein. Bei dieser Begehung war von der MVB ein Herr Kersten anwesend, dieser erläuterte uns vor Ort vier Ausbauvarianten, hat aber auch von vornherein gesagt, die Stadtverwaltung und der Stadtrat hat sich bereits für besagte Variante oder für eine Vorzugsvariante entschieden, für eine Variante 1. Diese Variante 1 beinhaltet im Groben eine Verlegung der Haltestelle Rothensee Richtung direkt vor unserer Haustür. Ich habe Herrn Kersten dann an diesem besagten Tag gesagt: „Herr Kersten, Mensch, ich kann dazu wenig sagen, ich wohne hier nicht. Ich habe aber fünf Mietparteien im Haus wohnen, die muss ich dazu befragen.“ und habe mich dann mit den Herrschaften am Wochenende beim Griechen getroffen und da haben wir das dann besprochen. Die hatten einige Einwände, einige haben gesagt, naja, wir haben eine Hausdurchfahrt, da haben wir Angst, dass das auf gut Deutsch, wenn man das so sagen darf, ein „Pinkeltunnel“ wird, wir haben Angst vor Graffiti und Schmierereien, wir haben Angst vor Verschmutzungen und wir wollen das eigentlich nicht. Daraufhin habe ich gesagt, naja, mit „das wollen wir nicht“ können wir die MVB nicht kommen, wir müssen denen dann schon einen Gegenvorschlag machen. Daraufhin sagte mir dann ein Mieter, naja, wie wär's denn mit einem Rolltor, das verschließbar ist. Okay. Daraufhin habe ich den Herrn Kersten von der MVB dann angerufen und habe gesagt: „Herr Kersten, können wir uns noch mal vor Ort treffen, die Mieter würden gerne auch noch mal mit Ihnen sprechen und Ihnen ihre Bedenken darlegen“.

Der Herr Scheidemann hat sich ebenfalls in der Volksstimme geäußert, dann noch der Herr Müller der LINKEN und wie gesagt noch eine Mitarbeiterin der MVB, dass es wie gesagt nicht an der MVB liegt, dass sich dieser Ausbau verzögert sondern lediglich an diesem besagten Eigentümer, sprich: an mir. Und das wollte ich so nicht stehen lassen, weil wir haben der MVB eine Alternative aufgezeigt, daraufhin kam nichts mehr von der MVB.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass aufgrund von Einsprüchen von Bürgern jetzt ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden muss. Er merkt an, dass er die eben gemachten Aussagen von Herrn Dunkhorst innerhalb der Verwaltung auswerten wird.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

7.4. Frau Christine Meier

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper, sehr geehrte Stadträte und Stadträtinnen, sehr geehrte Gäste. Meine Frage lautet: Warum wurde der Fußweg im Bereich Ostseite, also Fußweg Ostseite im Bereich zwischen Arconastraße im Stadtteil Werder der Landeshauptstadt Magdeburg, also der Fußweg im Bereich Arconastraße und Theater an der Angel nicht instand gesetzt, nicht instand gehalten. Warum wurde die durch Windkraft zerstörte Baustelleninformationstafel, die ist relativ groß, nicht beseitigt und weshalb

sind in einem Teil dieses Bereiches Halteverbotsschilder aufgestellt worden, wenn doch durch erhöhtes Verkehrsaufkommen in dieser Straße durch eine zunehmende Anzahl von Bürgern mit Gehbehinderungen und durch Gefährdung durch die Baustelleninformationstafel hier ein dringender Handlungsbedarf besteht. Außerdem entwickelt sich das Ganze da zu einem Schandfleck, der also in diesem Bereich des Stadtteils sehr sehr unschön ist. Und es bestehen also auch wirklich Gefährdungen in dem Bereich dadurch. Und es ist also wichtig, hier die eigentliche Nutzung wieder als Fußweg im Haltebereich, im Straßenbereich zu ermöglichen. Und wir bitten also um eine kurze mündliche Antwort und um eine schriftliche Antwort. Und gleichzeitig möchte ich mich aber auch bedanken, dass auch in diesem Bereich, westliche Straßenseite, jetzt kürzlich zwei Nachpflanzungen in der Baumreihe stattgefunden haben. Vielen Dank.

Antwort des Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann merkt an, dass gewöhnlich die Baustellenverkehre abgewartet werden, um dann insgesamt eine vernünftige Wiederherstellung auch mit möglicher Schadensaufnahme, was durch Baustellenverkehre zulasten der Stadt dort zu Schaden gekommen ist, aufzunehmen. Er kündigt an, mit dem Tiefbauamt zu besprechen, wann die Stadt welche Maßnahmen dort vornimmt. Er stellt aber klar, dass der Stadt daran gelegen ist, alle Fußwege und Straßen der Stadt in einem optimalen Zustand zu halten. Dies gelingt aufgrund der Personalbesetzung und der Haushaltvorgaben nicht immer sofort.

Frau Meier gibt ergänzend den Hinweis, dass die andere Straßenseite in der Winterzeit sehr stark vereist ist und als Fußweg dann eigentlich nicht zu benutzen ist Sie bittet darum, dieses Problem auch zu beachten.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

7.5 Herr Hans-Peter Bauer

Guten Abend, sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, werte Stadträte. Mein Name, Hans-Peter Bauer, ich bin Mitglied der Astronomischen Gesellschaft und hab dazu folgende Anfrage, inspiriert an sich von einer schriftlichen Anfrage von dem Stadtrat Bernd Heinemann zur Erdachse am Bahnhofsvorplatz. Wir beschäftigen uns zzt. mit den Sonnenuhren in der Stadt Magdeburg und haben auch dazu beigetragen, dass z. B. die Sonnenuhr auf der Johanniskirche wieder aktiviert wird und auch in der Vorbereitung der Restaurierung der Kugel Sonnenuhr am Herrenkrug hatten wir mit gearbeitet. Und die Erdachse ist im weitesten Sinne auch eine Sonnenuhr, d. h. man kann allerdings dort bloß die Mittagszeit ablesen bzw. wenn der Schatten durch die Nord-Süd-Linie durchgeht, dass also dort dann weiß, es ist um 12 Uhr. Unser Gedanke geht da hinaus oder die Anfrage, ob im Zuge dieser Restaurierung oder Sanierung der Erdachse, die ja durch Vandalismus beschädigt worden ist, ob dort die Möglichkeit besteht, auf den Granitplatten um die Erdachse Zahlen einzugravieren mit entsprechenden Markierungen, damit also Bürger dann, die Magdeburg erreichen, auch sehen, wie spät es ist – nicht nur an der Ablesung der Scheibe sondern auch hier die Attraktion Erdachse etwas zu verbessern.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass es hierzu bereits eine Stellungnahme der Verwaltung gibt, die aussagt, dass erstmal eine Begutachtung vorgenommen werden muss. In diesem Zusammenhang kann geschaut werden, ob man solche Sache mit aufnehmen kann.

Herr Bauer

Herr Bauer bietet an, entsprechende Vorbereitungen dort mit zu unterstützen.

Ergänzende Antwort des Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann verweist auf das Problem des Urheberrechts des Künstlers und hält eine Veränderung für problematisch.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

7.6. Frau Krakau

Ja, guten Abend, verehrte Stadträte, Herr Oberbürgermeister, ich bin Kathleen Krakau, die Jugend- und Auszubildendenvertretung des Milchhofes Magdeburg. Das ist Anja Kaufmann und das ist mein Stellvertreter Tino Graf. Wir sind heute hier, weil der Milchhof Magdeburg geschlossen werden soll. Ich muss dazu sagen, dass die DMK auch andere Standorte schließen möchte, aber bei diesen Standorten bemühen sich Stadträte, Minister, Politiker darum und ich finde, bis jetzt kam noch nichts von der Stadt Magdeburg. Und deswegen sind wir auch hier, um mal ganz kurz zu der Geschichte des Milchhofes zu kommen. Er wurde 1878 gegründet, besteht jetzt 133 Jahre hier in Magdeburg. Und es wäre wirklich schade, ihn zu schließen. Wir sind 59 Mitarbeiter und 10 Azubis, die sehr sehr hart arbeiten und wirklich hier in Magdeburg bleiben wollen und nirgendwo anders hin wollen. Wir könnten im Milchhof Magdeburg Milchtechnologen, Milchwirtschaftliche Laboranten und Mechatroniker ausbilden, d. h. also es gibt, oder wie man hört in den Medien ganz oft, dass viele Menschen, vor allen Dingen auch junge Menschen Sachsen-Anhalt bzw. Magdeburg verlassen müssen, weil sie hier keine Perspektiven haben und das könnte man mit dem Erhalt des Milchhofes sichern. Weil, wir haben so ungefähr einen Altersdurchschnitt von 49 Jahren, ist ja klar, irgendwann gehen auch viele in Rente und man könnte dadurch auch den jungen Leuten eine Zukunft zusichern. Also ich würde sagen, ich spreche im Namen aller Mitarbeiter des Milchhofes Magdeburg, auch die da oben sitzen und uns ganz doll unterstützen. Wir möchten wirklich hier bleiben und wir würden Sie wirklich bitten, uns da auch tatkräftig zu unterstützen. Und deswegen haben wir die Frage, was Sie für uns tun können.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

In seiner Antwort bringt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper sein großes Unverständnis und sein Entsetzen über die jetzige Situation im Milchhof zum Ausdruck.

Er berichtet, dass er bei einem Besuch vor einigen Jahren noch sehr viel mehr als 59 Mitarbeiter dort gesehen hätte und auch eine große Investitionsaktivität mit einem Gesamtvolumen von mehr als hundert Millionen zu verzeichnen war.

Herr Dr. Trümper betont weiterhin, dass er nicht gewusst habe, dass schon seit Jahren Anlagen abgebaut und an andere Standorte verlagert wurden.

Ebenso unverständlich sei für ihn, dass die Milchbauern der Börderegion ihre Milch an andere Standorte bringen und den Milchhof Magdeburg nicht nutzen würden.

Er übergibt im Weiteren das Wort an den Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit, Herrn Nitsche, der in seinem Auftrag mit den Geschäftsführern des Unternehmens Gespräche geführt habe.

Ergänzende Antwort des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herrn Nitsche

Herr Nitsche betont in seiner umfassenden Antwort, dass sich die Stadt natürlich auch um den Milchhof und um die Arbeitnehmer dort kümmert.

Er berichtet im Weiteren von seinem Gespräch am 08.11.2011 mit der Geschäftsführung und den Konzernvertretern. Dabei konnte er sich davon überzeugen, dass es sich um einen sehr gut ausgebauten Standort handelt.

Er führt aus, dass die Unternehmensstrategie schon von der Nordmilch, also schon vor dem Zusammenschluss, darauf gerichtet war, in Magdeburg ganz speziell H-Milch zu produzieren.

Das war damals sicherlich ein besonderes Qualitätsmerkmal des

Standortes, führte aber nach der Fusion zu dem neuen Unternehmen in die Sackgasse, da sich das neue Unternehmen von der H-Milch-Produktion trennen will, auch wenn dort Bio-Milch hergestellt wird und der Magdeburger Betrieb der einzig zertifizierte Betrieb des Konzerns für die Herstellung von Bio-Milch ist.

Gleichwohl ist es und bleibt es H-Milch. Der neue Konzern sieht in der H-Milch-Produktion nicht die Zukunftschancen und möchte sich deshalb von diesem Produkt insgesamt trennen. All dies sei bei dem Gespräch so von der Konzernleitung vermittelt worden.

Im Weiteren führt Herr Nitsche aus, worauf sich bei dem Gespräch verständigt wurde.

Erstens wird sich die Stadt gemeinsam mit dem Konzern nach einer evt. Schließung – dies sei noch nicht endgültig beschlossen - um eine Nachnutzung bemühen.

Denkbar sind Saft- oder Mineralwasserabfüller. Ggf. gibt es Interesse seitens eines Spirituosenunternehmens.

Gesprochen wurde auch bereits mit der Partnerstadt Harbin/China, da dort eine sehr starke Ernährungsmittelbranche existiert.

Zweitens wird die Stadt mit dem Land in Kontakt treten und dort ein Standortexposé vorstellen.

Außerdem wird sich die Investitions- und Marketing-Gesellschaft deutschlandweit um eine solche Nachnutzung bemühen kann. Kontakte gibt es ebenso bereits mit der Agentur für Arbeit. Allerdings ist es dort für konkrete Gespräche noch zu früh.

Herr Nitsche geht davon aus, dass eine endgültige Standortentscheidung des Konzerns spätestens im ersten Quartal 2012 getroffen wird.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung

7.8 Herr Ferchland

Guten Abend, mein Name ist Ferchland. Ich kommen vom Hopfenplatz, im Lindenplan wohne ich und hab dort eine Praxis. Nach der Verschiebung der Erdachse und der drohenden Schließung des Milchhofes mein Problem: Es ist so, der Grieche bei uns am Hopfenplatz hat zugemacht, wir haben jetzt keine Möglichkeit mehr, dort zu essen, der Supermarkt wird dort

ausgebaut und jetzt ist die Frage, was passiert mit dem Hopfenplatz, mit der Parkplatzsituation und dem Baumbestand. Weil, wir wollen, die Bürger am Hopfengarten wollen eigentlich den Hopfengarten als Gartenstadt erhalten. Das ist meine Frage.

Antwort des Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann informiert, dass weder mögliche Bauanträge noch mögliche Baunutzungsänderung im Baudezernat bekannt sind. Er kündigt an, in den zuständigen Bereichen nachzufragen, ob aktuelle Anträge in der Verwaltung gestellt worden sind.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Persönliche Erklärung des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, gibt eine persönliche Erklärung ab. **(Anlage 2)**

8. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

8.1. Schriftlich Anfrage (F0188/11) des Stadtrates Dr. Pott, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

In letzter Zeit habe ich subjektiv den Eindruck, dass die Akzeptanz "Rot" anzeigender Lichtsignalanlagen in Magdeburg spürbar gesunken ist. Bei meinen Fahrten auf der Halberstädter Straße (mit dem Fahrrad) beispielsweise beobachte ich fast regelmäßig Autos, die noch bei Rot in Kreuzungen einfahren. Das hat (nach meiner Beobachtung) mittlerweile derart zugenommen, dass sogar noch bei Rot gefahren wird, wenn die Grünphasen der Fußgänger beginnen.

Ich stelle folgende Fragen:

1. Gibt es belastbare Zahlen zu "Rotlichtverstößen" in Magdeburg (Anzahl, insbesondere auch im Verhältnis zu den Kontrollen, und dargestellt im Verlauf der letzten Jahre)?
2. Wird der Verkehr an Ampeln in der Stadt systematisch oder gelegentlich überwacht? In welcher Form? Mit welchem Ergebnis?
3. Wie kann die Stadt und der Stadtrat darauf hinwirken, dass Lichtsignalanlagen kontrolliert werden.

Ich bitte um kurze mündliche und schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann führt aus, dass dies grundsätzlich Angelegenheit der Polizei ist. und die Stadt in dem Bereich dieser Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung selbst beschränkt ist. Er kündigt an, diese Problematik in die regelmäßigen Besprechungen bei der Polizei zu nehmen und nachzufragen, was für Möglichkeiten und belastbare Zahlen die Polizei zu den „Rotlichtverstößen“ hat.

8.2 Schriftliche Anfrage (F0196/11) des Stadtrates Boeck, Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
eine Vielzahl der alten Bäume im Lindenplan haben kürzlich weiße Markierungen erhalten. Mehrere Anwohner sind seit langem um den Fortbestand der Bäume besorgt

daher bitte ich Sie um die Beantwortung folgender Fragen:

Was ist diesbezüglich vorgesehen und wie soll der wertvolle Baumbestand erhalten werden?

Um eine kurze mündliche und schriftliche Antwort wird gebeten.

Antwort des Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herrn Zimmermann

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann führt aus, dass die Markierungen an den Bäumen das Ergebnis der Untersuchungen der beauftragten Firma sind und als Kennzeichen dienen. Hierbei handelt es sich um keine Fällungen, sondern um Baumschnitte.

8.3 Schriftliche Anfrage (F0200/11) des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit Jahren gibt es Bemühungen, endlich den "Blauen Bock" abzureißen. Bisher leider ohne Erfolg.

Dazu möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen:

1. Gibt es endlich eine neue zeitliche Aussage zum Abriss?

2. Was passiert mit evtl. bereitgestellten Fördermitteln?

Ich bitte um eine kurze mündliche Antwort.

Antwort des Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann informiert, dass es Interessenten gibt und auch teilweise stadtplanerische Gespräche geführt werden. Das Land hat die Fördermittel in Höhe von 387.000 Euro weiterhin vorgehalten und wird diese auch im nächsten Jahr vorhalten.

8.4 Schriftliche Anfrage (F0201/11) des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

zurzeit wird das Bauvorhaben zur Strombrückenverlängerung kontrovers in der Presse und in der Öffentlichkeit diskutiert. Grund hierfür sind Gutachten zum Natur- und Artenschutz, welche als einzig in Frage kommende Variante zur Realisierung dieses wichtigen Bauvorhabens eine Pylonbrücke vorschlagen.

Zu dieser Brückenverlängerung gibt es die verschiedensten Auffassungen, dennoch sollte dieses Bauvorhaben nicht gestoppt werden, denn der Ausbau ist für die zukünftige Entwicklung des Straßenverkehrs und der Landeshauptstadt Magdeburg sehr wichtig.

Daher bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Möglichkeiten der Umsetzung bestehen auf Grundlage der Natur- und Artenschutzgutachten?
2. Besteht die Möglichkeit, den betroffenen Bereich aus der Zone des FFH-Gebietes herauszulösen?
3. Welche Voraussetzungen müssen noch geschaffen werden, um das Projekt in der ursprünglich geplanten Variante umzusetzen?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper merkt an, dass der Auftraggeber für die ganze Arbeit im Moment der Stadtrat ist und die Stadt beauftragt wurde, die Planungsvariante A weiter zu planen und die entsprechenden Schritte einzuleiten. Dazu gehört auch, dass man bei einer Brückenplanung in einem FFH-Gebiet und auch in Naturschutzbelangen die Gutachten dafür beauftragt und erstellt. Er informiert, dass die Beauftragung durch das Umweltamt erfolgte und

es Abstimmungen mit dem Tiefbauamt gab. Er merkt an, dass es eine Drucksache mit drei Varianten gibt und erläutert diese. Herr Dr. Trümper hält allerdings die Planungskosten dafür im Moment zu hoch, da er eine Realisierung aufgrund des hohen Eigenanteils von 25 Mio Euro für illusorisch hält. Er merkt weiter an, dass die Bestandssanierung noch teurer ist und 53 Mio Euro kosten würde. Herr Dr. Trümper regt an, genau die Fragen zu eruieren, was überhaupt machbar ist. Derzeit ist die Verwaltung dabei, das mit dem Ministerium zu klären. Er stellt klar, dass sie die Förderung frühestens aus der nächsten Förderperiode (ab dem Jahr 2014) erfolgen wird.

8.5. Schriftliche Anfrage (F0192/11) des Stadtrates Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Volksstimme vom 23.11.2011 war zu entnehmen, dass „vorliegende Gutachten zu Natur- und Artenschutz ... das Aus für die vom Stadtrat beschlossene Variante“ bedeuten.

Ich bitte um die mündliche und ergänzende schriftliche Beantwortung nachstehender Fragen:

1. Entspricht die Darstellung in der Volksstimme vom 23.11.2011 den Tatsachen?
2. Wer hat die Gutachten in wessen Auftrag erstellt?
3. Welche Verbindlichkeit haben die Gutachten für die geplante Baumaßnahme? Welche Möglichkeiten hat die Kommune, Widerspruch einzulegen?
4. Welche Handlungsoptionen bleiben für die Kommune, um die absehbare Sperrung der Anna-Ebert-Brücke zu verhindern?
5. Welche Konditionen bei der möglichen Bereitstellung von Fördermitteln sind zu beachten, um das notwendige Bauvorhaben mit den Fördermittelgebern fristgerecht abstimmen zu können?

Die Anfrage ist mit der Beantwortung des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper zur Anfrage F0201/11 des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM erledigt.

8.6 Schriftliche Anfrage (F0194/11) des Stadtrates Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am heutigen Tag meldete Radio MDR Info, dass der Chip-Hersteller Azzurro seinen Firmenstandort von Magdeburg nach Dresden verlegen wird. In Dresden würden schon im ersten Quartal 2012 neuartige Computerchips produziert. In den nächsten vier Jahren will Azzurro in den neuen Firmensitz in Sachsen 19 Millionen Euro investieren und rund 200 neue Mitarbeiter einstellen.

Als Begründung wurde angegeben, dass in Magdeburg keine geeigneten Flächen zur Verfügung gestellt werden konnten.

Ich frage Sie:

1. Waren die Umzugsabsichten der Firma dem Wirtschaftsbeigeordneten Herrn Nitsche bekannt?
2. Wenn ja, welche Aktivitäten wurden unternommen, um diese Firma in Magdeburg zu halten?
3. Wenn nein, nach welchen Prämissen wird die Bestandspflege betrieben, wenn derartige Unternehmen der Stadt den Rücken kehren?

Ich bitte um kurze mündliche sowie ausführliche schriftliche Beantwortung meiner Fragen.

Antwort des Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Nitsche

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Nitsche informiert, dass die konkreten Umzugsabsichten nach Dresden ihm seit gestern bekannt sind. Seit Beginn seiner Amtszeit ist ihm aber bekannt, dass es Bemühungen gibt, eine Alternative zum Standort Magdeburg zu suchen.

Er verweist auf die Bemühungen der Stadt, Unternehmen hier in der Stadt Magdeburg zu halten und erläutert diese im einzelnen.

Ergänzende Antwort des Oberbürgermeisters Herr Dr. Trümper

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper bezeichnet die Aussage in den MDR-Nachrichten, dass kein Standort in Magdeburg für dieses Unternehmen gefunden werden konnte als falsch und verweist auf verschiedene Standortangebote, die allerdings vom Unternehmen aus verschiedenen Gründen abgelehnt wurden.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.7 Schriftliche Anfrage (F0190/11) des Stadtrates Krause, Fraktion DIE LINKE

Wie inzwischen durch die Medien (Volksstimme vom 12. Nov. und 1. Dez. 2011) öffentlich gemacht, musste – wie ich informiert wurde - auf der Grundlage des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG LSA) in der Faulmannstraße 6/ Gabelsbergerstraße ein Eckhaus abgerissen werden, um Gefahren abzuwenden.

Seit Mitte November laufen hier die Arbeiten.

Die betroffenen Mieter aus den Nachbarhäusern bzw. aus dem Nachbarhaus haben mich darüber informiert, dass sie mit den Abrissarbeiten regelrecht überrannt worden sind.

Da im Nachbarhaus Giebelsicherungen eingezogen werden mussten, war der Abriss des betroffenen Gebäudes von unmittelbaren Eingriffen in den Wohnraum der Nachbarn begleitet. Wände und Decken weisen Risse auf.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Wer hat die Firma Geistlinger (wie der Volksstimme unschwer zu entnehmen war) beauftragt, das Eckhaus Faulmannstraße / Gabelsbergerstraße abzureißen und ist es üblich, dass bei solchen Arbeiten die betroffenen Anwohner nicht durch die Behörde, sondern durch die bestellte Abrissfirma benachrichtigt wird und den betroffenen Mietern Angebote für Ausweichmöglichkeiten zu ihrem eigenen Schutz und zum Schutz ihrer Wohnungseinrichtung unterbreitet werden?
2. Wenn eine städtische Behörde diesen Auftrag ausgelöst hat, der Eingriffe in den Wohnraum des Nachbarn zur Folge hat, steht sie dann nicht in der Pflicht die betroffenen Anwohner zu informieren und alle Konsequenzen auch zur Sicherheit der betroffenen Personen abzuklären?
3. Wie und durch wen werden die betroffenen Anwohner für die entstanden Belastungen und Kosten entschädigt? Wäre es nicht schon aus Sicherheitsgründen ratsam gewesen, mindestens für die Zeit des Abrisses den betroffenen Mietern Ausweichquartiere anzubieten?
4. Wer kommt in solchen Fällen für die erhöhten Betriebs- bzw. Energiekosten auf, die jetzt durch die freistehende und nicht isolierte Giebelwand entstanden sind?
5. Hätten all diese Fragen nicht vorab mit den Mietern des Nachbarhauses und/oder mit der Hausverwaltung bzw. mit dem Eigentümer des Nachbarhauses geklärt werden können und müssen?

Ich bitte um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann führt aus, dass die Verwaltung erst dann tätig wird, wenn „Gefahr im Verzug“, also unmittelbare Gefahr für Leib und Leben besteht. Im vorliegenden Fall ging es darum, dass die Statik des Gebäudes tatsächlich so angegriffen war, dass ein unmittelbarer Zusammenfall des Gebäudes befürchtet werden musste und eine Sicherung in dem beschriebenen Haus durchgeführt werden musste.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.8 Schriftliche Anfrage (F0191/11) des Stadtrates Dr. Hörold, FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Bereich der Gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft Gartenstadt-Kolonie Reform ist festzustellen, dass die Straßen dieses Wohngebietes (z.B.: Brenneckestraße, Lilienweg, Nelkenweg, Zur Siedlung Reform, Dahlienweg, Louis-Braille-Straße,) tagsüber vorrangig von Mitarbeitern der Uni Magdeburg / Medizinische Fakultät als kostenloser Parkplatz genutzt werden. Die Bewohner und Gäste der Anwohner finden kaum eine eigene Parkmöglichkeit.

Ich bitte um die mündliche und ergänzende schriftliche Beantwortung nachstehender Fragen:

1. Gibt es für die Mitarbeiter der Uniklinik ausreichende Parkmöglichkeiten im Bereich der Uni Magdeburg / Medizinische Fakultät?
2. Ist die Auslastung der ggf. vorgehaltenen Parkmöglichkeiten der Uni Magdeburg / Medizinische Fakultät der Verwaltung bekannt? Wenn ja, wie wird sie gewertet?
3. Gibt es Überlegungen der Stadtverwaltung, wie man das kostenlose „Zuparken“ der Straßen in diesem Bereich verhindern kann?
4. Gibt es dazu ggf. Gespräche / Abstimmungen mit der GWG Reform zum weiteren Vorgehen?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist darauf, dass dieses Problem schon seit Jahren besteht und es nach seiner Auffassung nicht lösbar ist. Er führt weiter aus, dass die Uniklinik auf ihrem Gelände inzwischen 1.500 kostenpflichtige Parkplätze für die Mitarbeiter gebaut hat. Sicherlich auch aus diesem Grund wird nach Alternativen in der Umgebung gesucht, so dass die Parkplatzsituation in der Umgebung angespannt bleiben wird.

8.9 Schriftliche Anfrage (F0202/11) des Stadtrates Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Immer öfter ist im Straßenbild zu beobachten, dass bei Deckschichtenerneuerungen oder auch grundhaften Erneuerungen von Straßen nachträglich Hausanschlüsse etc. verlegt werden. Auch bei Baumaßnahmen mit beteiligtem Schwerlastverkehr sind regelmäßig nachträgliche Straßenschäden festzustellen.

Mit einem baulichen Eingriff in den Straßenkörper ist meist eine Ausfräsung der Deckschicht verbunden. Nach den Bauarbeiten wird der Fräsausschnitt verfüllt und mit einer Fuge an den Straßenbelag verbunden. Nach einiger Zeit fällt auf, dass der verfüllte Bereich abgesenkt ist, die Fugen aufbrechen, Teile der verfüllten Deckschicht herausbrechen und der Straßenbelag porös und von Rissen durchzogen ist. Beispielhaft ist der Straßenzustand in der Robert-Koch-Straße erwähnt, die beiliegenden Bilder illustrieren den Sachverhalt.

Ich frage Sie:

1. Wann und wie wurde die Robert-Koch-Straße erneuert?
2. Durch wen, aus welchem Grund und wann erfolgten die nachträglichen Eingriffe in den sanierten Straßenkörper?
3. Wer ist nach Abschluss nachträglicher Eingriffe für die Wiederherstellung der Straße/en verantwortlich?
4. Wer ist bei Bauarbeiten mit Schwerlastverkehr verantwortlich für die Beseitigung der dadurch entstehenden Schäden des Straßenbelages?
5. In welchem Turnus kontrolliert das Tiefbauamt die Wiederherstellung?
6. Wer ist für die Beseitigung der durch eine nicht fachgerechte Wiederherstellung der Straße verursachten Schäden am gesamten Straßenkörper verantwortlich? Bestehen Gewährleistungsansprüche von wem gegen wen?

Ich bitte um ausführliche mündliche sowie schriftliche Beantwortung meiner Fragen.

Antwort des Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann informiert, dass bereits zweimal in diesem Bereich eine Fahrbahnsanierung vorgenommen wurde, einmal im Jahr 1994 und dann im Jahr 2004, aber aus Kostengründen nie ein grundlegender Ausbau erfolgte. Er weist weiter darauf hin, dass bei der Abnahme eine Gewährleistung von fünf Jahren vereinbart wird. Herr Dr. Scheidemann verweist auf die Pflicht der Medienträger, Aufgrabungen wieder zu schließen.

Er sichert zu, diese Problematik mit dem Leiter des Tiefbauamtes zu besprechen.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.10 Schriftliche interfraktionelle Anfrage (F0206/11)

Der Schulstandort Westring mit IGS „Willy Brandt“, GS „Am Westring“ und dazugehörigem Hort in Trägerschaft des IB teilt sich seit Jahren einen gemeinsamen Gebäudekomplex.

Wir fragen den Oberbürgermeister:

1. Wie stellen sich die Kennziffern der aktuellen Raumbedarfsplanung schulkonkret am Standort Westring inklusive Hort dar?
2. Wie schätzen sie die Raumsituation am o.g. Standort ein?
3. Auf welcher Grundlage wurden die Räume geplant und vergeben und entspricht die zu Grunde liegende Planung dem gültigen Erlass des MK?
4. Welche kurz- und längerfristigen Lösungsmöglichkeiten schlagen Sie vor?
5. Wie beurteilen Sie die Raumsituation des Hortes im Keller?
6. Wie stellt sich vor diesem Hintergrund die rechtliche Lage ab 01.02.12, dem Tag des Übergangs in die Verantwortung des PPP-Trägers, dar?

Wir bitten um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper nimmt in seiner Antwort Bezug auf den ihm vorliegenden umfassenden Sachstandsbericht. Daraus geht hervor, dass der Schule Grundschule am Westring auf der Grundlage des vom Stadtrat beschlossenen Schulentwicklungsplanes als zweizügiger Grundschule zehn Schulräume und separat betrachtet 6 Horträume zustehen. Einer vierzügigen Schule wie der IGS stehen 47 Räume zu. Die Schule hat aber – entgegen der Beschlussfassung im Stadtrat – teilweise eine 5. Klasse eröffnet. Erst dadurch ergibt sich dann ein Mehrbedarf an Räumen, der allerdings in keinsten Weise der beschlossenen Schulplanung entspricht.

Herr Dr. Trümper betont, dass die Stadt nicht bereit ist, diese Wünsche der Schule, die auf der Abweichung von beschlossenen Normen basiert, zu erfüllen.

Der Oberbürgermeister sichert im Folgenden zu, die Faktenlage schriftlich nachzureichen.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet in diesem Zusammenhang zu prüfen, ob sich auch die IGS Regine Hildebrandt an den Beschluss des Stadtrates bezüglich der Vierzügigkeit hält.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Die Beantwortung zu den vorliegenden Anfragen F0189/11, F0195/11, F0199/11, F0193/11, F0205/11, F0203/11 und F0204/11 erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Die Anfrage F0198/11 wurde von Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, **zurückgezogen**.

9. Informationsvorlagen

9.1. Ergebnisse des Städtepartnerschaftskongresses

I0286/11

Die schriftlich vorliegenden Informationen unter 9.1 – 9.7 werden zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Beate Wübbenhorst
Vorsitzende des Stadtrates

Silke Luther
Protokollantin

Anlage 1 – namentliche Abstimmung zur DS 0465/11 – TOP 5.26

Anlage 2 – persönliche Erklärung des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE

Anwesend:

Vorsitzende/r

Wübbenhorst, Beate

Mitglieder des Gremiums

Ansorge, Jens

Bartelmann, Gregor

Bock, Andreas

Boeck, Helga

Boeck, Hugo

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Budde, Andreas

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Gärtner, Matthias

Grünewald, Mario

Guderjahn, Marcel

Hans, Torsten

Häusler, Gerhard

Hein, Rosemarie Dr.

Heller, Werner

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Hitzeroth, Jens

Hoffmann, Michael

Hofmann, Andrea

Höroid, Helmut Dr.

Kraatz, Daniel

Krause, Bernd

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Meinecke, Karin

Meister, Olaf

Meyer, Steffi

Müller, Oliver

Nordmann, Sven

Reppin, Bernd

Rohrßen, Martin

Rösler, Jens

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schoenberner, Hilmar

Schumann, Andreas

Schuster, Frank

Schuster, Hans-Jörg

Schwenke, Wigbert

Stage, Mirko

Stern, Reinhard

Szydzick, Claudia

Tietge, Lothar

Trümper, Lutz Dr.

Wähnelt, Wolfgang

Wendenkampf, Oliver A. Dipl. Biol.

Zimmer, Monika

Geschäftsführung

Luther, Silke

Abwesend

Biedermann, Ursula

Giefers, Thorsten

Pott, Alexander Prof.Dr.

Schumann, Carola

Theile, Frank